

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftskette in Nebra: Frau Karoline Weis, Markt 34/36.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen sollen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 RM, die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtteil 20 RM. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostamt Nebra — Bankverein Atrien.

Nr 115

Sonnabend, den 27. September 1930

43. Jahrgang

Hilfer in Leipzig.

Die NSDAP verfolgt ihr Ziel auf legalen Wege.
Leipzig, 26. September.
Der Verhandlungsstapel war am dritten Tage des Prozesses gegen die Reichswehroffiziere bis auf den letzten Pfad besetzt. Auch Ministerialrat Schöller vom preussischen Innenministerium war als Beobachter erschienen. Vom Reichspräsidentenplatz herauf hörte man im Saal die Kundgebungen, die Hilfer bei der Ankunft begrüßte wurden und die in ein dreifaches „Heil“ ausliefen. Als Hilfer den Saal betrat, herrschte die gewöhnliche Stille; nur vom Platz vor dem Reichsgericht ertönte viele Male das in Chor gerufene „Deutschland ernehme!“ herauf.

Der Vorliegende liest aus einem Artikel der „Nationalsozialistischen Briefe“ die Stelle vor: „Kämpfe werden in diesem Kampf in den Sand rollen, entweder die anderen oder die unseren. Also fangen wir, daß es die andern sind.“ Das löste man, so sagt der Vorliegende, als Hinweis auf eine gewöhnliche Revolution deuten.

Hilfer erwiderte, daß die „Nationalsozialistischen Briefe“ kein parteiamtliches Organ seien. Der Verfasser habe offenbar die große geistliche Revolution im Auge gehabt, in der wir uns heute befinden.

Wenn die Bewegung in ihrem legalen Kampfe weiter, werde ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, der November 1918 werde seine Söhne finden und es würden auch Köpfe rollen.

Bräuer aus dem Zuhörerraum riefte der Vorliegende entgegen, für die Nationalsozialisten sei der Begriff „nationale Revolution“ — auf den der Vorliegende an Hand eines anderen Artikels zu sprechen kam — eine allgemeine geistige und selbstige Erhebung des Volkes, eine Erhebung des geschichteten Deutschlands. Eine solche Bewegung werde nicht mit illegalen Mitteln vorbereitet.

Nach zwei bis drei Wahlen in Deutschland werde die NSDAP in der Mehrheit sein, es sei denn, man gebe dem deutschen Volk seine Lebensmöglichkeit. Die Partei werde gegen die Friedensverträge auf diplomatischem Wege und durch ihre reifliche Umgebung vorgehen.

Hilfer legte auf verschiedene Fragen des Vorliegenden weiter, die Propaganda der Partei sei eine geistige Revolutionierung des deutschen Volkes. Diese Umstellung auf eine neue Weltanschauung sei mindelstens so gigantisch, wie die Umstellung zum nationalsozialistischen Gedanken oder die Umstellung vom Sozialismus zum nationalsozialistischen parlamentarischen Staat. Die Gegner hätten ein Interesse daran, die Bewegung als staatsfeindlich hinzustellen, weil sie fänden, daß diese nicht auf vollständig legalen Wege den Staat erobern. Dieser legale Sieg werde einen Staat von Elitenherrschaft wieder herstellen. Der Vorliegende sah die weiteren Fragestellungen des Dritten Reiches auf verfassungsmäßigem Wege erfüllt werde. Die Stellungnahme zur Wehrfrage lie nicht eine Sache der Reichswehr an sich, sagte Hilfer weiter, sondern eine Frage der politischen Parteien, da alle Parteien ein wehrpolitisches Programm hätten.

Als Hilfer sagte, die Reichswehr sei der politischen Einflusnahme nicht entgegen, widersprach der Vorliegende mit der Erklärung, daß die Reichswehr Instrument der Reichsregierung sei.

Hilfer erwiderte, die Reichswehr sei Organ der politischen Parteien. Die politische Mehrheit im Reichstage bestimme und verleihe über Geist und Charakter der Wehrmacht.

Die Mehrheit, die ja die Mitbewilligung für das Reichsrecht in der Hand habe, könne der Wehrmacht die gemeinsame Form geben.

Als der Vorliegende erneut widersprach mit der Feststellung, daß die Politik vom Reichsminister gemacht werde, antwortete Hilfer, daß aber auch dieses Kabinett wieder durch die Wehrpartei gebildet werde. Als schließlich der Vorliegende darauf hinwies, daß nach Artikel 47 der Reichsverfassung der Reichspräsident der Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht habe, antwortete Hilfer, dieser Oberbefehl habe nichts mit dem Geiste, der Organisation und dem Aufbau des Heeres zu tun, für die das Reichswehrministerium dem Reichstag verantwortlich sei.

Dann wandte sich die Verhandlung der Fühlungnahme der Angeklagten mit dem Münchener Büro der NSDAP. Hilfer erklärte, daß er eine Fellenbildung in der Reichswehr nie billige, da er auf die Wehrkraft des württembergischen Gedankens an sich vertraue.

Er habe seit 1923 ferner Verbindung mit der Wehrmacht und habe nie mit Offizieren verhandelt. Er habe die Bemühung von Geheimnissen der Partei an die Angeklagten für vollkommen ausgeschlossen.

Darauf beschloß das Gericht die Vernehmung des Staatssekretärs Zweigert vom Reichsfinanzministerium, worauf die Verteidigung sofort Gegenanträge auf Vernehmung von Goebbels und Göring von der Reichsleitung der NSDAP stellte.

Staatssekretär Zweigert sagt aus:

Sodann wurde Staatssekretär im Reichsinnenministerium Dr. Zweigert abhört. Der Zeuge erklärte, das Mini-

sterium sei im Besitz von umfangreichem Material, aus dem sich nach seiner Ansicht ergäbe, daß die NSDAP schon seit ihren Anfängen umfangreiche Ziele verfolgte.
Das Material sei einmal in der Denkschrift des Reichsinnenministers niedergelegt, die eine Lebensricht über die Entwicklung der Partei und eine Zusammenfassung von Neuverordnungen ihrer Führer enthalte und sei weiter vorgebracht in dem Rechtsstreit zwischen dem Reich und Thüringen in der Frage der Polizeifolienausfälle.

Der Reichsinnenminister habe auch Material dafür, daß Hilfer vor dem Reichsamt 1923 den zuständigen bayerischen Stellen Lokalitätsverpflichtungen in dem Sinne abgegeben habe, daß er zum Teil ehrenamtlich verprochen habe, seinen Pflichten nachzukommen. Sodann folgte der Vorliegende die Aussagen Hilfers kurz dahin zusammen, daß dieser ausdrücklich jede illegale Betätigung zur Erreichung der Ziele der NSDAP, und insbesondere jeden Versuch einer Zerstückelung des Reichsheeres ablehne.

Ergebnis der Kabinettsitzung.

Arbeitslosenverlängerung: 6 1/2 Prozent.

Berlin, 26. September.
Das Reichskabinett hat in vierstündiger Sitzung die Beratung seines Finanz- und Reformprogrammes begonnen. Eine amtliche Mitteilung über die Kabinettsitzung wird nicht ausgegeben, da die Beratungen in den nächsten Tagen weitergehen. Von unrichtiger Seite erfahren wir jedoch, daß die Verhandlungen bereits ein ganzes Stück vorwärts gekommen sind, so daß die Reichsregierung hofft, ihr ganzes Programm bis Ende der Woche fertigzustellen.

Die Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern würden in der nächsten Woche erfolgen.
Anfang überprüflicher Woche können die Vorlagen dann maßschießlich an den Reichstag gehen.

Das Programm gliedert sich in zwei Teile:
1. In die Maßnahmen, die erforderlich sind, um den augenblicklichen Notstand der Reichsfinanzen zu beseitigen.
Der Fehlbetrag im Reichshaushalt wird auf etwa 500 Millionen geschätzt.

Er setzt sich zusammen aus einem Wintersteuerertrag von 300 Millionen. Dazu kommt die Erhöhung der Ausgaben der Arbeitslosenverlängerung, die auf 400 Millionen angegeben wird, wovon das Reich entsprechend Art. 4 der Notverordnung vom 27. Juni die Hälfte, also 200 Millionen, zu tragen hat.

In der Kabinettsitzung wird vor allem die Arbeitslosenversicherung behandelt worden. Mit einer Beitragserhöhung ist über zu rechnen, über die Höhe verläutet aber noch nichts. In politischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß der Beitrag auf 6 1/2 Prozent heraufgehoben wird.

Von unrichtiger Seite wird auch behauptet, daß zur Deckung des Fehlbetrags keine Steuererhöhung und keine neuen Steuern beschlossen werden. Auch ein Monopol komme unter keinen Umständen in Frage. Ueber die Einzelheiten der Deckung dürfte erst in den nächsten Tagen Bescheid gesagt werden.

2. Außer diesem Teil des Programmes, der die für die Zeit bis zum 1. April nächsten Jahres notwendigen Maßnahmen umfaßt, will das Kabinett aber auch bereits jetzt Entschlüsse für das Etatsjahr 1931-32 fassen. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, zu dem unbedingt wieder Politik auf längere Sicht gemacht werden muß, damit die ständige Wiederkehr der Notwendigkeit, Fehlbeträge abzugeben, verhindert wird.

Deshalb wird das Programm der Reichsregierung ohne jede Beschränkung von der nächsten Betrachtung der Lastlagen ausgehen, wie sie nun einmal gegeben sind. Es wird in diesem zweiten Teil die Reformen enthalten, die das Kabinett für unerlässlich erachtet und von denen verflücht wird, daß sie sehr umfangreich seien. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Kabinettsberatungen noch die ganze Woche in Anspruch nehmen werden.

Volkspartei und Reichskabinett

Sparmaßnahmen und Devisenverkäufe.

Berlin, 26. September
In der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die etwa 4 Stunden dauerte und bei der es zu einer sehr angeregten Aussprache über die augenblickliche politische Lage kam, wurde eine Entschließung gefaßt, die dahin interpretiert wird, daß sie in erster Linie dem Sinn habe,

die Deutsche Volkspartei von der Reichsregierung zu distanzieren.

Die Fraktion ist nicht so weit gegangen, ihren Vertreter aus der Regierung zurückzuziehen, wie noch vor der Sitzung vermutet wurde, sie wünscht aber, daß ihre Entschließung von der Reichsregierung als ein deutlicher Wink aufgefaßt werde.

Es wird aber in der Entschließung ausdrücklich jedes Kompromiß mit sozialistischen Gedankengängen abgelehnt. Dabei ist zu beachten, daß nicht von „sozialdemokratischen

Gedankengängen“ gesprochen wird. Über die gewählten Formulierung sind offenbar auch Ideen gemeint, die bei etwaigen Verhandlungen nach rechts von den Nationalsozialisten vorgebracht werden können.

Ammerlin scheint die Stimmung in der Fraktion doch dahin zum Ausdruck gekommen zu sein, daß Verhandlungen des Kanzlers nicht nur nach links, sondern auch nach rechts geführt werden müßten. Eine Klärung der politischen Lage ist aber vorläufig nicht zu erwarten, da der Kanzler seine Verhandlungen ja erst in der nächsten Woche aufnehmen kann.

Anwärtin ist aber das Kabinett wieder zusammengetreten, um seine Vorlagen in einer Nachsitzung weiterzubereiten. Ueber die Sitzung wurden keine Mitteilungen gemacht, da die Beratungen in den nächsten Tagen noch fortgeführt werden.

Soweit über die Deckungspläne des Kabinetts in politischen Kreisen etwas verläutet, scheint es sich zu bestätigen, daß die Erhöhung des Beitrags für die Arbeitslosenverlängerung auf 6 1/2 Prozent beabsichtigt ist. Im übrigen denkt man offenbar an weitere Sparmaßnahmen und für den Rest des Defizits an eine schwebende Schuld, die in den nächsten Jahre abbezahlt werden. Man legt dabei in Rechnung, daß der Schuldentilgungssondens von 450 Millionen (der Schacht) im nächsten Jahre vorfällt und glaubt, daß unter diesen Umständen der oben gekennzeichnete Weg zur Behebung der Defizit-Schwierigkeiten möglich wird.

Die weiteren Beratungen.

Das Reichskabinett hat seine Beratungen über die Eingetragenen des Sanierungsprogramms, die um die Mieterschuldener abgehandelt worden waren, vormittags um 11 Uhr wieder aufgenommen. In den Beratungen des Kanzlers nahm zeitweise auch der Reichsamtpräsident Dr. Herberich teil. Der Reichsamtpräsident hat die Möglichkeit, die Beratungen in dieser Sitzung zu Ende zu führen. In unrichtigen Kreisen wird es jedoch immerhin für möglich gehalten, daß diese Zeit nicht ausreicht.

Kürzung der Beamtengehälter?

Gerichtsweise verläutet ferner, daß das Kabinett in Erwägungen darüber eingetreten ist, die Beamtengehälter allgemein zu kürzen.

Die Kürzung soll gefasst vorgenommen werden, und zwar dergestalt, daß die Gehälter der unteren Beamtenleistungen um 5 Prozent gekürzt werden. Beschälter vom Ministerialrat aufwärts um 10 Prozent und dann weiter nach oben gekürzt bis zu den Ministergehaltern, die um 30 Prozent verringert werden sollen.

Die Sitzung, an der auch der Reichsamtpräsident teilgenommen hat, begann um 8 Uhr und war gegen 12 Uhr beendet.

Keine neuen Steuern.

Neue Steuern sieht das Programm des Reichskabinetts nicht vor. Der notwendige Ausgleich des Haushalts soll ausschließlich durch Reformmaßnahmen und Einsparungen herbeigeführt werden, muntert auch der im Kabinett zur Erörterung stehende Plan einer Beamtengehälterkürzung zu begreifen ist. Nach dem Vorschlag, der noch innerhalb der Reichsregierung erörtert wird, sollen die Beamtengehälter in den unteren Stufen um 5 v. H., in den mittleren Stufen um 10 v. H., in den Spitzengruppen um 30 v. H. gekürzt werden.

Im übrigen verfuhr Dr. Dietrich von ihm bereits angekündigten Umbau des Steuerwesens zu fördern, um eine Vereinfachung der Erhebungsstellen zu erzielen. In erster Linie sollen die Steuern, die auf der Landwirtschaft ruhen, vereinfacht werden, wozu allerdings die vorherige Vereinfachung des Steuererechnungsgebietes die Voraussetzung ist. Außerdem geht der Plan des Finanzministers bekanntlich dahin, die Realsteuern zu senken unter gleichzeitiger härterer Heranziehung des Hauszinssteuerfortommens für allgemeine Verwaltungszwecke.

Bauern demontiert...

Zu der Meldung, daß sich ein Beamtengehälterkürzungsgeheß nicht nur im Reich, sondern auch in den meisten Ländern in Vorbereitung befindet, so in Sachsen, Thüringen, Bayern, Baden und Württemberg, wird von der amtlichen bayerischen Pressestelle bemerkt, daß diese Meldung jedenfalls für Bayern nicht zuträffe.

Diese Mitteilung wird man dahin zu verstehen haben, daß, wenn auch derartige Änderungsverordnungen nicht vorhanden sind, eine Kürzung der Beamtengehälter im Reich, falls sie vom Reichskabinett beschlossen würde, auch für die Beamten der Länder und Gemeinden nicht ohne Folgen bleiben könnte.

Auslandstimmen zur Lage.

Aus der vorläufigen eines Berliner Telegramm über die Rückkehr der Jüverlicht in Deutschland. Es wird darin hervorgehoben, daß die Erklärung des Reichspräsidenten eine beruhigende Wirkung ausgeübt habe.

„Manchester Guardian“ berichtet aus Berlin: Der Hochverratsprozeß gegen die Ulmer Offiziere müßte dazu beitragen, die Jüverlicht vor einem falschen Auffassung, für die keine Begründung besteht, zu beschwichtigen. Der Korrespondent meint, daß die Verhandlungen bisher mit peinlicher Objektivität geführt worden seien. Die Tatsache allein, daß der Prozeß stattfindet, beweise die Loyalität der Reichswehrkommandeure.

„Deutschland und das Unvermeidliche“

Cord Rothemann für Vervendung des Verfallers Vertrages.
London, 29. September.

Cord Rothemann veröffentlicht in der „Daily Mail“ einen Artikel „Deutschland und das Unvermeidliche“. Er sagt u. a.: Der Wohlstand der Nationalsozialisten bedeute die Wiederherstellung Deutschlands und Teile eine neue Epoche in den Beziehungen Deutschlands zu den anderen Völkern ein. Er zeige der Welt, daß die jungen Deutschen, die seit dem Kriege zu Männern und Frauen erwachsen seien, fest entschlossen sind, die Kontrolle der nationalen Angelegenheiten zu übernehmen. Sie seien aufgewachsen in einem Deutschland der Enttäuschung und Niedrigkeit. Sie hätten nur von Reparationsgeld, verlorenen Gebieten und Zwangsarbeit gehört. Sie hätten entdeckt, daß man den alten Vorkriegern nicht trauen könne. Die Engländer müßten ihre Auffassung über Deutschland ändern. Die älteren Generationen der Deutschen seien Englands Feinde gewesen. Die Älteren hätten ständig ihre Künste vernehmt, obwohl der Verfallers Vertrag sie zur Abweisung verpflichtete und Deutschland keine Streitkräfte auf 100 000 Mann und ein paar Küstenverteidigungskräfte gegen habe. Über 70 Millionen patriotischer, außerordentlich tüchtiger Männer und Frauen im Herzen Europas ließen sich nicht dauernd ungerecht behandeln. Dies müßte feststehen, bevor eine Explosion führe. Der Grund für die Verklammerung über den polnischen Korridor könne beseitigt werden, wenn Deutschland Polen seine Oligarchie gegen das bolschewistische Ausland garantiere, worfür Polen Zugeständnisse machen müßte.

Die obichiedliche Wende der Älteren würde Deutschland die Grundlage zu einer mächtigen politischen Kombination geben. Das Fehlen jeglicher Gerechtigkeit und die systematische Unterdrückung seien Kräfte, aus denen sich eine solche Zusammenballung ergeben könne.

Er sei gegen die Forderung, aber für Anpassung der Friedensverträge an die Verhältnisse der kommenden Jahre. Er wiederhole seine von 1918 an die britische Regierung gerichtete Mahnung, Deutschland einige afrikanische Kolonien mit Ausnahme von Deutsch-Südwestafrika zurückzugeben. Dies sei nötig und eine Geste der Freundschaft.

Gegen die Kreditfälschung Deutschlands

Paris, 26. September.

Die Japans-Agentur demontiert in einem Genfer Telegramm ganz richtig, wie dem „Kriegsblatt“ zu entnehmen ist, daß die Japans-Agentur die Reichsregierung habe in Paris sondiert, um die Abänderung der Bestimmungen über die Reichswehr zu erlangen, und beabsichtigte außerdem, für die Young-Zahlungen ein Moratorium zu erwirken. Diese Sonderberichterstattung des „Kriegsblatt“ Paris, der den Außenminister dieses Staates in der Berichtserstattung in Genf abgelöst hat, macht sich in den letzten Tagen allgemein durch Verbreitung derartiger alarmierender Nachrichten in Bezug auf die Absichten der deutschen Politik, die den Kredit Deutschlands im Ausland schädigen könnten, bemerkbar. Umso wichtiger ist das Demontieren der Japans-Agentur, das wie folgt lautet: „Die französische Delegation demontiert formell die Nachricht, wonach die deutsche Regierung in den letzten Tagen bei der französischen Regierung wegen einer Erhöhung der Young-Zahlungen der Reichswehr oder wegen einer demontierten Aufhebung des Moratoriums für die Young-Zahlungen sondiert hätte.“

Neue Schikanen im Korridor Polen erhebt „Nachschußungen“

Berlin, 26. September.

Die Reisenden der zwischen Berlin und Oppuzen verkehrenden Züge sind wie dem „Kriegsblatt“ zu entnehmen ist, seit dem 1. Oktober einer neuen u. e. h. s. r. e. n. B. e. l. a. s. t. i. g. u. n. g. durch die polnischen Bahnbeamten bei Passieren des Korridors ausgelegt.

Zur sämtlichen Fahrarten, die bei den Keilzügen (und nicht direkt an den Schaltern der Reichsbahn) gefahren werden sind, wird eine Nachschußung erhoben, die z. B. zur 1. Klasse Berlin-Königsberg 7 RM bei dritter Klasse und 10 RM bei zweiter Klasse ausmacht. Die Berechnung erfolge in Potsdam, wobei ein Kurs von 0,50 RM je Platz berechnet werde. Die Maßnahme werde damit begründet, daß angeblich bei Abschmung zwischen den Reichsbahn und der polnischen Staatsbahn „betrügerische Machinationen“ vorgenommen seien. Besonders unlesbar wäre die Sitzung in den Schlafwagen der Nachtzüge. Bei einer Anzahl ausländischer Wissenschaftler von internationaler Range die zur Tagung des Vereins für Sozialpolitik nach Gießen erschienen sind, habe das Vorgehen der polnischen Behörden naturgemäß die größte Entrüstung hervorgerufen.

Die österreichische Kabinettskrise

Wien, 26. September.

Bundespräsident Miklas hat gestern die Gesandtschaften des Kabinetts Schöber angenommen und den Bundeskanzler sowie die übrigen Mitglieder der Regierung mit der einseitigen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

Deutschfeindliche Ausschreitungen

Gegen den deutschen Tonfilm.

Prag, 26. September.

Die Kundgebungen gegen die Aufführung deutscher Tonfilme in Prag nehmen erste Formen an. Am Kino „Adlon“ wurde der deutsche Tonfilm „Der unterliche Lump“ gedreht wurde, verformten sich einige hundert junge Leute, mit Knütteln bewaffnet, und zwangen die Kinoleitung, die Vorstellung abzulassen. Inzwischen hatten sich gegen 2500 Personen angeeignet, die um die Wölbungen scheidlicher Nationaltheater über den Wenzelsplatz zum Kino „Raffa“ über drei stehenden die scheidliche Nationaltheater anführte, in die Arme gemorren.

Hier kam es zu den wüsten Ausschreitungen. Einige Reiter forderten die Masse auf, in das Kino einzudringen und die Einrichtung kurz und klein zu schlagen. Deutschfeindliche Familien, darunter auch Frauen, wurden auf den Wenzelsplatz hinausgeschleppt und der Polizei, die dort stehenden die scheidliche Nationaltheater anführte, in die Arme gemorren.

Die Kerntruppe der Kundgeber verurteilte, das Deutsche Haus zu stürzen. Ein starkes Polizeiaufgebot bemühte sich, die rasende Menge zurückzuhalten. Inzwischen wurden Hunderttausende verteilt, die die Menge aufzudenken, endlich gegen die deutschen Propagandisten im scheidlichen Kino ergriffen zu werden. Die Schläger vom Deutschen Haus wurden heruntergerissen. Die Menge zog dann zu den einzelnen Kinos, wo deutsche Tonfilme gespielt werden, rief die Polizei herein und verurteilte, in die Kinos einzudringen. Das jüdische Café Meternann wurde von der Menge demoliert.

Die Straßenandereungen haben dem Bürgermeister von Prag, Baga, Veranlassung gegeben, im Innenministerium zu verlangen, daß das Innenministerium ein allgemeines Verbot deutscher Tonfilmaufführungen für Prag erlasse.

Das scheidliche scheidliche Organ bringt einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Ausschreitungen in Prag gegen die deutschen Tonfilme von den scheidlichen Familien angeleitet werden und daß der Redakteur des Blattes persönlich die Leitung der Unruhen übernommen hat.

Das Blatt erklärt in einem längeren, teilweise beschlagnahmen Artikel, daß man der deutschen Freiheit in Prag endlich ein Ende machen müsse. Das Blatt beschwert sich heftig über die Polizei, weil sie gegen die Aufsteiger eingeschritten ist.

Aus dem In- und Auslande.

Ministerpräsidentliche österreichischer Minister.

Wien, 26. September. Zu der Ministerkonferenz wird gemeldet, daß Vizeminister Baugoin und Arbeitsminister Höbermann außer Handelsminister Schäfer dem Ministerpräsidenten beistehen. Der Standpunkt des Vizeminister Baugoin ist unverändert, so daß die Lage weiter krisenhaft bleibt.

Vorgehen gegen die Kampfororganisationen in Polen.

Warschau, 26. September. Die Enttarnung der sozialistischen Kampfororganisationen in Polen wird von den Behörden eifrig fortgesetzt. Bis jetzt wurden in sechs Bezirken fast 100 Hausdurchsuchungen durchgeführt, bei denen zahlreiche Waffen und Munition beschlagnahmt wurden. Auch die polizeilichen und militärischen Maßnahmen gegen die Ukrainer in Ostgalizien werden fortgesetzt. Trotz des Eingreifens der Behörden dauern aber die Sabotageakte und Brande weiter an.

48 Hinrichtungen in Moskau.

Moskau, 26. September. 48 Mitglieder der kürzlich aufgedeckten kommunistischen Organisation sind unter Führung des ehemaligen Generalmajors Kriwizow von der OGPU zum Tode verurteilt worden. Die Todesurteile wurden bereits vollzogen.

Tagung für scheidliche Erziehung in Paris.

Paris, 26. September. In Paris wurde die fünfte internationale Tagung für scheidliche Erziehung eröffnet. Von deutscher Seite nimmt an der Tagung eine Anzahl führender Pädagogen, darunter der Direktor des scheidlichen Instituts in Mainz Dr. Feldmann und der Direktor des scheidlichen Instituts an der Jener Universität Professor Veitler, teil.

Austrälen und die russische Weisenausfuhr.

London, 26. September. In Australien herrscht große Aufregung über die russische Weisenausfuhr. Der scheidliche Ministerpräsident Jenton hat eine Farmerabordnung des Staates Victoria empfangen. Die Farmer erklärten, daß sie in Zukunft ihren Weizen nicht mehr zu lobenden Preisen verkaufen können, so daß eine Weisenausfuhr mit dem Verkauf von Weizen. Minister Jenton versprach, die Lage zu beobachten.

Kleine politische Meldungen.

Stimmen wieder in Moskau. Außenminister Litwinow ist von seinem Auslandsurlaub zurückgekehrt und hat die Leitung des Außenministeriums wieder übernommen.

Einberufung polnischer Abgeordneter zu militärischen Übungen. Eine Reihe militärischer Führer Abgeordneter hat Besuche erhalten, zu ihren Truppenkörpern einzurücken, um an den Übungen der Reserve teilzunehmen.

100 Millionen Zwangsanzleihe der Hanfing-Regierung. Einer Nachricht aus Scharang zufolge will die Hanfing-Regierung eine Zwangsanzleihe in Höhe von rund 100 Millionen Mark erheben.

Aus der Umgegend

Nebr., 27. Februar.

Kirchfeste. Der Kirchengesangsabend mit kommen Sonntag abends um 8 Uhr beginnt um 2 Uhr nachts im Gemeindefest gehalten werden. Es wird gebeten, diese Infolge der Vertretung in Nebr.-dortige Späterlegung beachten zu wollen. Die Bibelstunden am Mittwoch beginnt nun jetzt ab wieder um 8 Uhr abends, worauf die Besucher der Stunde aufmerksam gemacht werden.

Konzert. Der Herbst ist da, das Publikum verlegt nunmehr die Stunden der Erholung in die Schatz der Stille bieten den geschäftigen Räume. Die Konzerte- und Theater-Saison hat damit begonnen. Unter Stadtdirektor gibt ihr erstes Winter-Konzert am Sonntagabend im Schützenhausgale und im Anschluß daran ist Minister-Ball, an dem natürlich das Publikum sich beteiligen darf. — Daß den Besuchern ein gemächlicher Abend bevorsteht, braucht wohl kaum erwähnt zu werden.

Stadt-Schiffspiele. Die Sonntagvormittag bringt einen Film, dessen Zielbestimmung erkennen läßt, daß es sich um einen der vom Publikum so gern gesehenen Minutentänze handelt. — Der zweite Bildstreifen führt den Besucher nach Wilmshof, wo man ja so gern sich umsieht, natürlich nur durch die gütige Vermittlung des Films.

Erntedankfest wird am Sonntag und Montag im Nachbarnort Kleinmangon begeben. Nach dem kirchlich-ersten Teil am Vormittag wird nachmittags und abends durch Volksbelustigung die scheidliche Kirmes abgehalten. Ball ist an beiden Tagen, für Speise und Trank ist in der Neumannschen Gastwirtschaft am besten gefolgt.

Ein neuer Vorschlag für das Reichsrennmal. Da man sich bekanntlich in der Frage des Reichsrennmalen noch immer nicht geeinigt hat, werden neue Vorschläge gemacht. Angeblich wird z. B. der Broden als geeigneter Ort empfohlen. Es wird vorgeschlagen, dort ein Denkmal zu errichten, etwa in der Form wie das Leipziger Kaiserlichdenkmal oder das Hamburger Bismarckdenkmal. Wenn sich aber der Broden wegen seiner günstigen zentralen Lage in mancher Hinsicht empfiehlt, so ist doch andererseits mehr als zweifelhaft, ob andere nicht unerhebliche Schwierigkeiten durch den neuen Vorschlag beseitigt werden können.

Rakomisch. Gestandene Zweifel darüber, ob Rakomisch zu verlassen ist, haben dem Vorliegenden des Reichsministeriums des Reiches Gestandene Veranlassung gegeben, bei dem Provinzialparlament in Magdeburg auf die Ausweisung der Steuer, vor allem auf den Abzug des Konsums der Rakomisch im Falle der Besteuerung hinzuwirken. Wie und der Provinzialparlament durch Mittel, die die Eingabe des Reichsministeriums und Ernährungsminister zugeleitet worden. Am 20. September d. J. fand bereits im Reichsministerium eine Sitzung zur Beratung über diese Frage statt. Es darf mit einer günstigen Lösung der Frage gerechnet werden, zumal sich die zuständigen Stellen für die steuerliche Freilassung von Rakomisch ausgesprochen haben.

Im Sinne des Gesetzes liegt jedenfalls eine derartige Bekämpfung nicht. Im Interesse der Ernährung der Kinder und der Bekämpfung des Minderwuchses und der Randwirtschaft wäre es zu begrüßen, wenn die Steuer bald in Wegfall käme.

Ausgabe von Verleumdungs-Goldfilmen. Anlaßlich der erfolgten Klärung der Meinungen werden durch die scheidliche Staatsanwaltschaft Berlin eine Anzahl Verleumdungs-Goldfilme in Größe der früheren zehn und Zwangsanzleihe gedruckt und herausgegeben. Diese erstickten, hochqualitativen Gegenstände können zum Preis von 10 RM. — gegen 10 RM. — ausbezahlt werden bei der Staatsanwaltschaft Berlin, Postfach 93 (Postfach: Berlin 130 443) bestellt werden und gelangen nach Vereinfachung des Betrags gegen Nachnahme zum Versand.

Termine am 25. Sept. 1930 bei dem Amtsgericht Nebr.

Beschw.: Staatsanwaltschaft Nebr., Vertreter der Staatsanwaltschaft: Justizreferent Schiele, Protokollführer: Referendar Buntz.

1) Angeklagt wegen Diebstahls I., der Händler Franz Andra und 2. der Schmied Otto Nupp, beide in Nebr. Es wird ihnen zur Last gelegt, ein Feldbahnlokomotive im Eisenbrunn Kleinmangon, der Firma Weisstele gehörig, entwendet zu haben. Die Angeklagten geben den Diebstahl zu und bitten um eine geringe Strafe in anbetragt dessen, daß sie das Verbrechen der Verführung wieder zurückgebracht haben. Das Urteil lautet, anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 4 Tagen, auf 20 RM. Geldstrafe für Andra, für Nupp anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Tagen auf 10 RM. Geldstrafe und Tragung der Kosten des Verfahrens.

2) Am 14. Juni 1930 hatte der Arbeiter Gustav Taubert in Großmangon mehrmals die Frau Ana Person belästigt am Kopf geschlagen und ihr einige Fußtritte mit einem beschlagen Fuß in der rechten Seite und an den Leib versetzt. Das Amtsgericht verurteilt ihn heute wegen gefährlicher Körperverletzung zu 4 Wochen Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens.

3) Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 70 RM. hatte der Stellungsbeamter Hermann Stumpf in Altmöden gerichtliche Entscheidung beantragt. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt ihn, den scheidlichen Beamten zu haben, daß er bei einer Zensurenvernehmung als seinen reiner Tagesbediensteten den Betrag von 30 RM. angebot. Bei einer Feststellung bei dem zuständigen Finanzamt wurde sein Verdienst als viel geringer ermittelt. Der Gerichtshof bewilligte ihm mildernde Umstände und setzte die Strafe auf 10 RM. fest und verurteilte ihn zur Tragung der Kosten.

4) In einer Privatklage des Schwerkräftigen Karl Kalb in Kleinmangon, Privatklägers, gegen die Eheleute Händler Friedrich Siller in Nebr. als Angeklagte und Widerkläger, wegen Verleumdung, wurde heute zwischen beiden Parteien ein Vergleich geschlossen. Jede Partei nimmt ihre beliedigenden Worte zurück und trägt die Kosten je zur Hälfte.

5) Angeklagt wegen Handbruchs war der Schuhmacher Edwin Jitz in Großmangon. Er ist beschuldigt, Gegenstände, als Scharnsteine, Kobaltstein etc., die von Oberstaatsanwalt Schiele angefordert waren, zerstückt zu haben. Das Gericht ließ in diesem Falle ebenfalls Mildernde und verurteilte ihn heute zu 30 RM. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens.

6) Angeklagt wegen Unterschlagung waren 1. die untere, Charlotte Werner und 2. Frau Eta Müller geb. Werner, beide in Nebr. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt sie, Unterhaltungsgebet, die für das Kind der Angeklagten zu 1 bestimmt waren, unterschlagen zu haben. Die Verhandlung wurde heute betragt, um zwecks Aufklärung des Tatbestandes weitere Zeugen zu laden.

Wiede. Am bevorstehenden Sonntag, den 28. September, findet in Wiede das 25jährige Jubiläum des Frauenvereins statt, verbunden mit dem Jahresfest des Verbands der Frauenvereine im Kreise Garsitzberga. Der Verkauf wird folgendermaßen sein: Der Festtagabend wird um 1 Uhr beginnen. Die Precht hält Herr Superintendent Kessler-Prager. Um 3/4 3 Uhr Eröffnung des Abends im großen Saal des Schützenhauses. Es sind Verkaufskunde eingeladen, wo alle die herrlichen Sachen, die feisige Frauenände angefertigt haben, zum Teil preiswürdige Stücke weiblicher Kunstfertigkeit, zu sehr billigen Preisen angeboten werden. Für die große Menge handgefertigter Schürzen, von den kunstvollsten bis zur einfachsten, ist eine besondere Eube vorgesehen. Wiede dürfte sich zu Weihnachtsbeschenken eignen. Es wird ferner ein Stand für Schriften, Bilder, Wandbilder, Karten usw. vorhanden sein, ferner für Jagaren und Jagareten, ein solches für Zunderwaren. Viel Vergnügen werden die beiden Schürzenvereine, wo für wenig Geld die schönsten Sachen gewonnen werden können. Für Kaffee und Kuchen ist im reichsten Maße gesorgt. Ein kaltes Büffet wird aufgestellt sein, wo belegte Brötchen, russischer Salat und viele andere herrliche Sachen, auch warme Würstchen billig zu haben sind, so daß anständige Gäste es nicht nötig haben, ihr Abendbrot mitzubringen. Bei gutem Wetter ist in dem schönen Schützenhausgarten Konzert vorgesehen, auch Volkstanz der Jungmädchen. Bei ungenügendem Wetter findet beides im Saal statt. Mit Wüchsig auf die answärtigen Gäste ist der Beginn des Familienabends am 7 Uhr angelegt. Der Abend wird nach einleitenden Gesängen und Begrüßungsansprachen einen Vortrag bieten, den Frauen von der Schützenvereinsabend halten wird über das Thema: „Die Not der Zeit und die Frauen, Anbrauchen als Hüterninnen unserer heiligen Wüter“. Am 2. Teile werden Schautenbilder, aus dem Leben der Mütter“ vorgeführt werden, begleitet von Deklamationen und musikalischen Darstellungen. — Alle Frauenvereine der Nachbarschaft und Umgebung, sowie alle Freunde der Frauenvereine sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist für jedermann frei. Alles ist mit viel Mühe und Fleiß an's Werk vorbereitet, so daß mit einem schönen Verlauf des Fests gerechnet werden kann.

Aus Anlaß des Frauenhilfe-Fests in Wiede
wird das Postamt am Sonntag 12.30 Uhr am Bahnhofs Hof Wegleben zur Fahrt nach Wiede bereit halten.

Rakomisch. Ein scheidliches Gewicht von 13 Pfund eines ein Wirlinghaupt ant, das ein hiesiger Schrebergärtner ernten konnte.

Gorsleben. [Anglerglück.] Mühlensänger Engel hatte das Glück, beim Angeln in der Inntau einen schweren Seel von 15 Pfund zu bekommen. Dieses Gewicht gehört sicher zu den Seltenheiten.

Ges. Zum Frauenmord. Beim Draußenfest in Garsitzberga fanden zwei heilige Einwohnern im Torfener Ernie einen Stoff, der Wälpuren trug. Bei der Suche der Kräfte wurde dann in einem Entfernungs von Garsitzberga ort des Roffers das linke Bein und das Becken eines Menschen gefunden, wahrscheinlich Teile der Leiche der ermordeten Frau Peter. Das Bein war angegannt. Außerdem

Kleine Chronik.

„Graf Zepelin“ über Stodholm. — Seine Landung. Das Luftschiff „Graf Zepelin“ von Finnland kommend traf in Stodholm ein, wo es großes Aufsehen erregte, da es der erste Besuch der schwedischen Hauptstadt ist. Auf den Straßen fanden dicke Menschenmengen. Scheinbar bedauerten das Luftschiff vom Flugplatz aus, so daß es gut zu sehen war. Eine Landung fand des schlechten Wetters wegen nicht statt. Nachdem das Luftschiff einige Male über Stodholm gefahren und einen Postlauf abgeworfen hatte, legte es seinen Flug in südlicher Richtung fort.

Tod eines bekannten Bergführers. Wie aus Genf gemeldet wird, ist im Monblanc-Gebiet einer der bekanntesten Bergführer des Westalpen, der Italiener Cesare Liller auf der Gensjagd durch Steinabhang getötet worden. Sein Hund wachte die ganze Nacht bei der Leiche, bis sie zufällig von einem anderen Bergführer aufgefunden wurde, und wollte sie auch nicht verlassen, als die Rettungsmannschaft die Bergung vornahm.

Blutsturz eines Wahninnigen. Eine Wahninnige spielte sich in der belgischen Gemeinde Hammesles Termode ab. Ein gewisser Baudouin, der seit Tagen Spuren einer geistigen Störung zeigte, sprang unerwartet vom Familienofen auf, erschlug seinen Vater und seine Schwester, und verließ dann auf der Straße ein eichträges Kind. Als dessen Eltern zu Hilfe eilten, schoß er auch auf diese. Schließlich gelang es der Polizei, den Kranken ins Irrenhaus einzuliefern.

Zum Bau der neuen großen Dampfer der Cunard-Linie. Die Cunard-Linie veröffentlichte eine Erklärung, in der die Gründe für den Bau von zwei 6000-Tonnen-Dampfern dargelegt werden. Der Kampf um das Blaue Band spiele nur eine untergeordnete Rolle. Mit den beiden neuen Schiffen solle ein lohnender wöchentlicher Dienst von Southampton über Cherbourg nach New York aufrechterhalten werden. Bisher seien zu diesem Dienst nach Amerika drei Schiffe notwendig gewesen. Nur so sei es möglich gewesen, mit der Regierung ein Abkommen zu treffen, nach dem sie einen Teil der Versicherung garantiere. In der Erklärung wird weiter darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen mit der Southern-Genbahn über ein Transkontinental in Southampton noch nicht ganz abgeschlossen seien, aber gute Fortschritte machten.

Wieder zwei französische Militärflugzeuge verunglückt. Das französische Militärflugzeug wurde wieder von zwei schweren Unfällen heimgesucht. In der Nähe von Marokko-Stadt stürzte ein französisches Kampfflugzeug ab. Der Apparat ging in Trümmer. Der Führer war auf der Stelle tot. Das zweite Unglück ereignete sich bei Ghelons für Marne. Ein Militärtransporter überflog sich beim Start und wurde vollkommen zerschmettert. Während der

Führer mit leichteren Verletzungen davontam, wird an dem Aufkommen des Begleiters, der schwerverletzt vom Startfeld getragen werden mußte, gemeldet.

Neue afrikanische Lufttransportgesellschaft. Hier ist eine Lufttransportgesellschaft in Bildung begriffen, die den Transportdienst zwischen Kapstadt über Windhof—Johannesburg—Durban—Vereeniging—Marquas (Mozambique), mit vorläufiger Einbeziehung von Roboia und Belgilongo versehen soll. Dieser Flugdienst zur Hälfte soll der Förderung der geplanten Fluglinie der Imperial Airways Airco—Kapstadt dienen.

Blutige Zusammenöße in der Universitätsstadt Santiago de Compostela. In der Universitätsstadt Santiago de Compostela ereigneten sich mehrere Zusammenöße zwischen Streifen und der Polizei, wobei diese von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Hierbei wurde ein Arbeiter getötet, zahlreiche andere Demonstranten trugen Verletzungen davon. Darauf demonstrierten die Arbeiter zusammen mit den Studenten und drangen in das Universitätsgebäude ein, wo sie Möbel, Bilder u. a. zerstörten. Die Führer der verschiedenen liberalen Parteien haben eine Zusammenkunft in San Sebastian beschlossen, um über einen Zusammenstoß im Wahlkampf zu beraten.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung
am Dienstag, den 30. September 1930, 20 Uhr
im Gasthof „Weißes Roß“.
Tagesordnung:
1. Kenntnisnahmen
2. Aenderung der Anst- und Tilgungssätze bzw. anderweitige Unterbringung städtischer Anleihen
3. Genehmigung zur Verkaufsannahme eines städtischen Betriebskredit bei der Stadtkassafasse
4. Bewilligung von Mitteln für Instandsetzungsarbeiten im Rathaus
5. Bewilligung von Mitteln für Bauarbeiten im Hochwohnhaus
6. Bewilligung von Mitteln für Instandsetzung des Parkers der Schlossgasse
7. Beschlußfassung über Vorschläge zur Erweiterung der städtischen Obstplantagen.
Anschließend: Nichtöffentliche Sitzung.
M e b r a, den 26. September 1930
Der Stadtverordnetenvorsteher. M a v.

Schützenhaus Nebra.
Sonntag, den 28. September, abends 8 Uhr:
Das erste große
Symphonie-Streich-Konzert!
der beginnenden Winteraison.
Ausgewähltes Programm. Werke großer Meister.
Ausgeführt von der gesamten Stadtkapelle unter persönlicher Leitung des Musikdirektors Kurt Stein.
Anschließend:
Großer vornehmer Musikerball.
Für Konzertbesucher Tanz frei.
Es laden hierzu freundlichst ein
Schützenhauswirt Janda. Musikdir. Stein.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof
Sonntag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr:
„Besondere Kennzeichen“
Premiere
Ruth Mir, die Tochter der Steppe
(1914-1928.)
Es ladet freundlichst ein Borgwardt.

Kleinwangen
Zum Erntedankfest
Sonntag, den 28. und Montag,
den 29. Sept., ab nachm. 3 Uhr
Tanzvergnügen
wozu freundlichst einladet
Paul Neumann.
Für ff. Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt

Empfindliche Füße? Leicht ermüdet? Tragen Sie
Wolke-Wohl
den orthopädischen Schuh
Mit Gelenkstütze Für starke Ballen
Bequeme Form als Schnür-Halbschuh
Ein- und Zwei-Spangenschuh
10,75 12,75 14,75
Ein Wolke-Schuh ist immer gut!
Herm. Sadise, Schuhmachermeister

Nur für **Rundfunkhörer**
die es noch nicht wissen. Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reichillustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkezeitung
Der Deutsche Rundfunk
Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Olympia
Olympia-Korrespondenz-Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk + Soldomat
Fabrik und Verkaufsbüro: ERFURT, Mainzerhofplatz 13
Fernsprecher: Erfurt 4620—23
Büros: Berlin N 24, Friedrichstr. 110-112, Breslau, Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90, Dortmund, Südwald 29, Dresden, Neustädter Markt 11, Düsseldorf, Wilhelmstr. 12, Erfurt, Markt 10, Frankfurt M., Friedenstr. 2, Hamburg, Kaiser-Wilh.-Str. 25-31, Hannover, Am Schiffgraben 15, Köln, Weidenbargerstr. 78, Leipzig, Nicolaisstr. 10, Magdeburg, Otto-v.-Guarke-Str. 11, Mannheim, O 7, 23, München, Kaufinger Str. 3, Nürnberg, Lorenzer Pl. 12, Stuttgart, Tübinger Str. 33.
Verlangen Sie von unserem nächsten BüroAufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreter

Preussisch-Süddeutsche Staatslotterie
Ziehung der 1. Klasse am 24. und 25. Oktober
Lospreise: 1/5, 1/10, 1/20, 1/40, 1/80
Riesige Vermehrung der Mittelgewinne
In Anbetracht der großen Kaufkraft nach Rosen bitte ich die Gewinner recht bald vorzunehmen.
Ich habe eine Anzahl Lose hinzu bekommen, die ich hiermit zum Verkauf stelle. Eine weitere Vermehrung kann nicht stattfinden.
Otto Kayser, Rostleben.

Der Anfang — das Ende. — Die große und die kleine Nanette. — Camping. — Liebe und Knoblauch. — Neue Tonfilme. — Die Schattenseiten einer neuen Erfindung — viele schöne Bilder usw. im
Truglumbur-Gast
DAS MAGAZIN
Sobald erscheinen. Preis 1.— RM.
VERLAG DAS MAGAZIN DR. EYSLER & CO. GMBH
BERLIN SW 68

Wir reinigen und färben
Damen- und Herren Garderobe.
Wir waschen Kragen u. Oberhemden und Hausratwäsche.
Bekannt gute Ausrüstung
Wäschereien
Annahme bei:
Friedrich Groß
Schneidermeister
Nebra, Reinsdorfer Straße 4

Turn-Verein
Heute Sonnabend abends 8 1/2 Uhr
Versammlung
im „Ratskeller“.
Hypothesen
zu 6% Zinsen vergibt unter 8 & 10 Pf. Zinsen
Wägen und Zinsfreiheiten
nach Bescheidnahme 8, 6, 8, 8 Pf. C 1, Zinsunterstütz. 4.
Haarausfall
beseitigt sofort und endgültig
Papillantin
ein ernsthaftes wissenschaftlich ausprob. Mittel
Vollkur RM 5.50
zu haben in der
Adler-Walter Gutsmuths, Nebra
Drogerie

Kanholz-Listen
Hobeldielen • Stab Bretter
Schal Bretter • Dachlatten
Tischler Bretter in Kiefer u. Fichte
Zaunsäulen u. -Latten
Thüringer Holzwerke, Rostleben
Gottschalk & Sauer
Fernruf 263 Fernruf 263

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebrä: Gran Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restammet 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebrä — Bankvereine A. S. M.

№ 115

Sonnabend, den 27. September 1930

43. Jahrgang

Hilfer in Leipzig.

Die NSDAP verfolgt ihr Ziel auf legalem Wege.
Leipzig, 26. September.

Der Verhandlungsloaf war am dritten Tage des Prozesses gegen die Reichswehrfraktion bis auf den letzten Pfah belegt. Auch Ministerialrat Schöler vom preussischen Innenministerium war als Beobachter erschienen. Vom Reichsgerichtshof herauf führte man im Saal die Verhandlungen, die Hilfer bei der Ankunft dargebracht wurden und die in ein dreifaches „Hell“ ausliefen. Als Hilfer den Saal betrat, herrschte die gemüthliche Stille; nur vom Platz vor dem Reichsgericht erkamte viele Male das im Chor gerufene „Deutschland erwecke!“ herauf.

Der Vorliegende stellt aus einem Artikel der „Nationalsozialistischen Briefe“ die Stelle vor: „Köpfe werden in die Kampf in den Sand rollen, entweder die anderen oder die unseren. Also sorgen wir, daß es die andern sind.“ Das könne man, so lag der Vorliegende, als Hinweis auf eine gewinnliche Revolution deuten.

Hilfer erwiderte, daß die „Nationalsozialistischen Briefe“ kein parteiamtliches Organ seien. Der Verfasser habe offenbar die große geistige Revolution im Auge gehabt, in der wir uns heute befinden.

Wenn die Bewegung in ihrem letzten Kampfe liege, werde ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, der November 1918 werde seine Sätze finden und es würden auch Köpfe rollen.

Bevorstehende aus dem Führerraum trug der Vorliegende energisch. Für die Nationalsozialisten sei der Begriff „nationale Revolution“ — auf den der Vorliegende an Hand eines anderen Artikels zu sprechen kam — eine allgemeine geistige und politische Erhebung des Volkes, eine Erhebung des gedachten Deutschlands. Eine solche Bewegung werde nicht mit illegalen Mitteln vorbereitet.

Nach zwei bis drei Wochen in Deutschland werde die NSDAP in der Mehrheit sein, es sei denn, man gebe dem deutschen Volk seine Lebensmöglichkeit. Die Partei werde gegen die Friedensverträge auf diplomatischem Wege und durch ihre reifliche Umgestaltung vorgehen.

Hilfer legte auf verschiedene Fragen des Vorliegenden weiter, die Propaganda der Partei sei eine geistige Revolutionierung des deutschen Volkes. Diese Umstellung auf eine neue Weltanschauung sei mindestens so gigantisch, wie die Umstellung zum marxistischen Gedanken oder die Umstellung vom Reichskrieg zum demokratischen parlamentarischen Staat. Die Gegner hätten ein Interesse daran, die Bewegung als staatsfeindlich hinzustellen, weil sie läßen, daß diese sich auf vollständig legalem Wege den Staat eroberne. Dieser legale Sieg werde einen Staat von Weltgröße wieder herstellen. Der Vorliegende sah die weiteren Fragestellungen von Hilfers Rede annehmen, daß die Gründung des Dritten Reiches auf verfassungsmäßigem Wege erstrebt werde. Die Stellungnahme zur Wehrfrage sei nicht eine Sache der Reichswehr an sich, legte Hilfer weiter, sondern eine Frage der politischen Parteien, da alle Parteien ein wehrpolitisches Programm hätten.

Als Hilfer sagte, die Reichswehr sei der politischen Eingangsfrage nicht entzogen, widersprach der Vorliegende mit der Erklärung, daß die Reichswehr Instrument der Reichsregierung sei.

Hilfer erwiderte, die Reichswehr sei Exponent der politischen Parteien. Die politische Wehrmacht im Reichsangebot bestimmte und verleihe über Geist und Charakter der Wehrmacht.

Die Mehrheit, die ja die Mitbestimmung für das Reichsheer in der Hand habe, könne der Wehrmacht die gemeinsame Form geben.

Als der Vorliegende erneut widersprach mit der Feststellung, daß die Politik vom Reichskabinett gemacht werde, antwortete Hilfer, daß aber auch dieses Kabinett wieder durch die Wehrpartei gebildet werde. Als schließlich der Vorliegende darauf hinwies, daß nach Artikel 47 der Reichsverfassung der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht habe, antwortete Hilfer, dieser Oberbefehl habe nichts mit dem Geiste, der Organisation und dem Aufbau des Heeres zu tun, für die das Reichswehrministerium dem Reichstag verantwortlich sei.

Dann wandte sich die Verhandlung der Fühlungsnahme der Angelegenheit mit dem Münchener Büro der NSDAP zu.

Hilfer erklärte, daß er eine Fühlungsreise in der Reichswehr nicht billige, da er auf die Werbeträger des östlichen Gebäuens an sich vertraue.

Er habe seit 1923 keinerlei Verbindung mit der Wehrmacht und habe nie mit Offizieren verhandelt. Er halte die Vermittlung von Geheimnissen der Partei an die Angelegenheit für vollkommen ausgeschlossen.

Darauf beschloß das Gericht die Vernehmung des Staatssekretärs Zwieler vom Reichsfinanzministerium, worauf die Berechtigung förmlich Gegenanträge auf Vernehmung von Geheimnissen und Lösung von der Reichsleitung der NSDAP, stellte.

Staatssekretär Zwieler sagt aus:

Sobald wurde Staatssekretär im Reichsinnenministerium Dr. Zwieler abhört. Der Zeuge erklärte, das Mini-

sterium sei im Besitz von umfangreichem Material, aus dem sich nach keiner Ansicht ergebe, daß die NSDAP schon seit ihren Anfängen ungesetzliche Ziele verfolgte.

Das Material sei einmal in der Handschrift des Reichsinnenministers niedergelegt, die eine Uebersicht über die Entwicklung der Partei und eine Zusammenstellung von Aeußerungen ihrer Führer enthalte und sei weiter vorgebracht in dem Rechtsstreit zwischen dem Reich und Thüringen in der Frage der Polizeiführungsfrage.

Der Reichsinnenminister habe auch Material dafür, daß Hilfer vor dem Putsch von 1923 den zuständigen bayerischen Stellen Lokalitätsverpflichtungen in dem Sinne abgegeben habe, daß er zum Teil ehrenwärtig versprochen habe, seinen Putsch zu machen. Sodann sah er der Vorliegende die Aussagen Hilfers kurz dahin zusammen, daß dieser ausdrücklich jede illegale Beteiligung zur Erreichung der Ziele der NSDAP, und insbesondere jeden Versuch einer Verletzung des Reichsgebietes ablehne.

Ergebnis der Kabinettsitzung.

Arbeitslosenvericherung: 6% Prozent.

Berlin, 25. September.

Das Reichskabinett hat in vierstündiger Sitzung die Beratung seines Finanz- und Reformprogrammes begonnen. Eine amtliche Mitteilung über die Beschlüsse der Sitzung wird nicht ausgegeben, da die Beratungen in den nächsten Tagen weitergehen. Von unterrichteter Seite erfahren wir jedoch, daß die Verhandlungen bereits ein ganzes Stück vorwärts gekommen sind, so daß die Reichsregierung hofft, ihr ganzes Programm bis Ende der Woche fertigzustellen.

Die Besprechungen des Kabinetts mit den Parteiführern wurden in der nächsten Woche erfolgen.

Anfang übernächster Woche können die Vorlagen dann wahrscheinlich an den Reichstag gehen.

Das Programm gliedert sich in zwei Teile:

1. In die Maßnahmen, die erforderlich sind, um den augenblicklichen Mangel der Reichsfinanzen zu beseitigen. Der Fehlbetrag im Reichshaushalt wird auf etwa 500 Millionen geschätzt.

Er geht sich zusammen aus einem Mindererwerbtrag von 300 Millionen. Dazu kommt die Erhöhung der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung, die auf 400 Millionen angegeben wird, wozu das Reich entsprechend Art. 4 der Notverordnung vom 27. Juli die Hälfte, also 200 Millionen, zu tragen hat.

In der Kabinettsitzung ist vor allem die Arbeitslosenversicherung behandelt worden. Mit einer Beitragserhöhung ist sicher zu rechnen, aber die Höhe verläutet aber noch nicht. In politischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß der Beitrag auf 6% Prozent heraufgesetzt wird.

Von unterrichteter Seite wird ausdrücklich betont, daß zur Deckung des Fehlbetrages keine Steuererhöhung und keine neuen Steuern beschlossen werden. Auch ein Monopol komme unter keinen Umständen in Frage. Ueber die Einzelheiten der Deckung dürfte erst in den nächsten Tagen Beschluß gefaßt werden.

2. Außer diesem Teil des Programms, der die für die Zeit bis zum 1. April nächsten Jahres notwendigen Maßnahmen umfaßt, will das Kabinett sich bereits jetzt auf Schlüsse für das Etatsjahr 1931-32 lassen. Die Reorganisation steht auf dem Standpunkt, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, zu dem unbedingt wieder Politik auf längere Sicht gemacht werden muß, damit die ständige Wiederkehr der Notwendigkeit, Fehlbeträge abzumachen, verhindert wird.

Deshalb wird das Programm der Reichsregierung ohne jede Befähigung von der nächsten Betrachtung der Tatsachen ausgehen, wie sie nun einmal gegeben sind. Es wird in diesem zweiten Teil die Reformen entfallen, die das Kabinett für unerlässlich erachtet und von denen verläutet wird, daß sie sehr umfänglich seien. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Kabinettsberatungen noch die ganze Woche in Anspruch nehmen werden.

Volkspartei und Reichskabinett

Sparmaßnahmen und Defizitverringere.

Berlin, 26. September

In der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die etwa 4 Stunden dauerte und bei der es zu einer sehr angeregten Aussprache über die augenblickliche politische Lage kam, wurde eine Entschließung gefaßt, die dahin interpretiert wird, daß sie in erster Linie den Sinn habe,

die Deutsche Volkspartei von der Reichsregierung zu distanzieren.

Die Fraktion ist nicht so weit gegangen, ihren Vertreter aus der Regierung zurückzuziehen, wie noch vor der Sitzung vermutet wurde, sie wünscht aber, daß ihre Entschließung von der Reichsregierung als ein deutlicher Hint aufgesetzt werde.

Es wird aber in der Entschließung ausdrücklich jedes Kompromiß mit sozialistischen Gebanengängen abgelehnt. Dabei ist zu beachten, daß nicht von „sozialdemokratischen

Gebanengängen“ gesprochen wird. Mit der gewählten Formulierung sind vielmehr auch Ideen gemeint, die bei etwaigen Verhandlungen nach rechts von den Nationalsozialisten vorgebracht werden könnten.

Innerhalb scheint die Stimmung in der Fraktion doch dahin zum Ausdruck gekommen zu sein, daß Verhandlungen des Kabinetts nicht nur nach links, sondern auch nach rechts geführt werden müßten. Eine Klärung der politischen Lage ist aber vorläufig nicht zu erwarten, da der Kabinett seine Verhandlungen ja erst in der nächsten Woche aufnehmen kann.

Anzufragen ist aber das Kabinett wieder zusammengetreten, um seine Vorlagen in einer Nachsitzung weiterzubereiten. Ueber die Sitzung wurden keine Mitteilungen gemacht, da die Beratungen in den nächsten Tagen noch fortgeführt werden.

Sowohl über die Deckungspläne des Kabinetts in politischen Kreisen etwas verläutet, scheint es sich zu bestätigen, daß die Erhöhung des Beitrages für die Arbeitslosenversicherung auf 6% Prozent beabsichtigt ist. Im übrigen kann offenbar an weitere Sparmaßnahmen und für den Fall des Defizits an eine lösbare Schuld, die im nächsten Jahre abzudecken wäre. Man legt dabei Rechnung, daß der Schuldentilgungsfond von 450 Millionen (der Schach) im nächsten Jahre fortfällt und glaubt, daß unter diesen Umständen der oben gekennzeichnete Weg zur Behebung der Defizit-Schwierigkeiten möglich wird.

Die weiteren Beratungen.

Das Reichskabinett hat seine Beratungen über die Einzelheiten des Sanierungsprogramms, die um die Mittelnachmittage abgebrochen worden waren, vormittags um 11 Uhr wieder aufgenommen. An den Beratungen des Vortages nahm teilweise auch der Reichsanpräsident Dr. Brüder teil. Der Reichsanpräsident hat die Absicht, die Beratungen in dieser Sitzung zu Ende zu führen. In unterrichteter Weise wird es jedoch immerhin für möglich gehalten, daß diese Zeit nicht ausreicht.

Kürzung der Beamtengehälter?

Gerüchtele verläutet ferner, daß das Kabinett in Ermüdungen darüber eingetreten ist, die Beamtengehälter allgemein zu kürzen.

Die Kürzung soll gestaffelt vorgenommen werden, und zwar dergestalt, daß die Gehälter der unteren Beamtenstufen um 3 Prozent gekürzt werden, Gehälter vom Ministerialrat aufwärts um 10 Prozent und dann weiter nach oben gestaffelt bis zu den Ministergehältern, die um 30 Prozent verringert werden sollen.

Die Sitzung, an der auch der Reichsanpräsident teilgenommen hat, begann um 8 Uhr und war gegen 12 Uhr beendet.



Reichskabinettsausfalls soll aus-
Ansprachen her-
Kabinetts zur Ge-
Stärkung zu be-
innerhalb der
Beamtengehälter
militären Stufen
30 o. 5, gekürzt

ihm bereits an-
fordern, um eine
zielen. In erster
müht sich, die
vorherige Ver-
des Voraus-
finanzministers
ten unter gleich-
ausjustierungauf-
ste.

gehälterkürzungs-
den meisten Län-
den, Thüringen,
an den amtlichen
Meldung jeden-

verfechten haben,
nicht vorhanden
sind, eine Kürzung der Beamtengehälter im Reich, falls sie
vom Reichskabinett beschlossen würde, auch für die Beamten
der Länder und Gemeinden nicht ohne Folgen bleiben
könnte.

Auslandstimmen zur Lage.

Reuter veröffentlicht ein Berliner Telegramm über die Rückfälle der Güter in Deutschland. Es wird darin hervorgehoben, daß die Erklärung des Reichspräsidenten eine beruhigende Wirkung ausstrahlt habe.

„Manchester Guardian“ berichtet aus Berlin: Der Hochverratsprozess gegen die Ulmer Offiziere müßte dazu beitragen, die Furcht vor einem schicksalhaften Aufstand, für die keine Begründung besteht, zu beseitigen. Der Reichspräsident betont, daß die Verhandlungen bisher mit geistlicher Objektivität geführt worden seien. Die Lausache allein, daß der Prozess stattfinden, beweise die Loyalität der Reichswehrkommandeure.